

# Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

## Tagesordnungspunkt

öffentlich

nicht öffentlich

--

Datum: 09.03.2021

Ersetzungsantrag  
Drucksache Nr.

00051/2021

Antragsteller DIE LINKE

Bearbeiter:

Telefon: 0385/545 2957

Beratung und Beschlussfassung im

### Fachausschuss für

- Finanzen und Rechnungsprüfung       Hauptausschuss       Stadtvertretung
- Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung
- Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften
- Soziales und Wohnen
- Kultur, Sport und Schule
- Verwaltungsmodernisierung und Umlandbeziehungen
- 

Beschluss am:

### Betreff

**Die Verantwortung der Stadt darf nicht beim Ansiedlungsbeschluss von Unternehmen im Niedriglohnsektor enden**

### Beschlussvorschlag

Der vorliegende Antragstext, „Die Stadtvertretung spricht sich für faire Löhne, Tarifbindung und Mitbestimmung in den Unternehmen in Schwerin aus. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit, dem Jobcenter, der IHK, der Handwerkskammer, den Gewerkschaften und den Arbeitgebern, die Menschen im Niedriglohnbereich aktiv bei ihrer individuellen beruflichen Weiterbildung zu unterstützen. Ziel muss es sein, dass Schweriner\*innen ihre Weiterbildungsmöglichkeiten kennen und diese mit Hinblick auf die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben auch ergreifen können. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich bei der Landes- und Bundesregierung für die Erhöhung des Mindestlohns auf 13,00 Euro auszusprechen.“ wird wie folgt ersetzt:

„Die Stadtvertretung bekennt sich zur Notwendigkeit der Zahlung fairer Löhne. Dafür notwendig sind eine Steigerung der Tarifbindung und die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung. Um diesem Ziel näher zu kommen wird der Oberbürgermeister beauftragt:

## Beschlussvorschlag

- Beschäftigte und Unternehmen gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit, den Kammern, den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften in geeigneter Form über Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten (z.B. Qualifizierungschancengesetz des Bundes, Programm WeGebAU oder Landesförderung Bildungsscheck) zu informieren
- sich bei der Landesregierung M-V für eine Weiterentwicklung des aktuellen Vergabegesetzes zu einem Tariftreuegesetz M-V einzusetzen
- sich bei der Landesregierung M-V für die stärkere Ausrichtung der Wirtschaftsförderung (GRW) auf die Zahlung von Tariflöhnen einzusetzen
- sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, den gesetzlichen Mindestlohn zeitnah auf 13 Euro anzuheben“

## Begründung

Weiterbildung und Aufstiegsqualifizierung können einen Beitrag dazu leisten, dass Beschäftigte bessere Löhne und Gehälter einfordern können. Darüber hinaus helfen sie auch, die Sicherheit des Arbeitsplatzes zu erhöhen. Fachkräfte sind für die Unternehmen schwieriger zu ersetzen als Un- oder Angelernte. Dies zeigt sich auch in der aktuellen Krise. Die Instrumente heißen Qualifizierungschancengesetz, Programm WeGebAU oder Bildungsscheck. Ein Schweriner Weiterbildungstag könnte hier neue Akzente setzen.

Das Landesvergabegesetz sollte zu einem echten Tariftreuegesetz weiterentwickelt werden. Gibt es einen repräsentativen Tarifvertrag, sollten die dort vereinbarten Löhne Grundlage für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen sein. Dies wäre ein echter Beitrag zur Stärkung der Tarifbindung. Denn auf diesem Weg würde neben einer fairen Entlohnung auch Bezug auf andere Aspekte des Tarifgitters, wie Zulagen, Zuschläge, Sonderzahlungen, Arbeits- und Urlaubszeiten genommen werden.

Kern der Wirtschaftsförderung des Landes sind Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung. Bislang werden nur große Unternehmen (250 und mehr Beschäftigte) von einer Förderung ausgeschlossen, wenn sie ihren Beschäftigten eine geringere als die tarifliche oder tarifgleiche Vergütung zahlen.

Die Bundesregierung teilte auf eine parlamentarische Anfrage mit, dass ein Bruttostundenlohn von 12,63 Euro notwendig ist, um nach 45 Jahren Arbeit nicht auf Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen zu sein.

nur auszufüllen bei haushaltswirksamen Beschlüssen

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle:

Deckungsvorschlag:

Mehreinnahmen/Minderausgaben in der Haushaltsstelle:

---

gez. Gerd Böttger  
Fraktionsvorsitzender